

„Deutsche Reisebranche in schwieriger Lage mit und ohne Corona-Krise!“ - Gedanken zur Lösung der Krise für Entscheider der Branche und die Politik von Klaus Brähmig (Auszüge):

„Die staatlichen Maßnahmen zum Schutz von Leib und Leben der deutschen Reisenden, die weltweit zurückgeholt werden mussten, hat drastisch vor Augen geführt, dass der Tourismus annähernd zu 100 Prozent zum Erliegen gekommen ist. Bevor nach überstürzten Lösungsansätzen gesucht wird, sollte man eine Analyse des Ist-Zustandes vornehmen. Erst jetzt wird vielen bewusst, welche Auswirkung solch ein Krisenfall auf den Standort Deutschland und seine Anbieter aber auch auf die getreuen Kunden hat.

Nach wie vor gibt es ein großes ungelöstes Problem, mit der umzusetzenden EU-Pauschalreiserichtlinie, die zwar im Sommer 2017 durch den Deutschen Bundestag verabschiedet wurde, aber wie wir im Sommer 2019 und dem Konkurs von Thomas Cook feststellen mussten, nicht im geringsten den EU-Anforderungen entspricht. Warum nicht? Nun die zu versichernde Leistung reichte allein bei diesem Unternehmen nicht aus. Die Zürich-Versicherung haftete nur für eine Ausfallsumme von 110 Millionen Euro. Der tatsächliche Schaden, der den Reisenden vergütet werden muss, liegt bei ca. 373 Millionen Euro. Das heißt der Bund, der die Verantwortung trägt für die Umsetzung des EU-Rechtes, muss den Schadensausgleich in Höhe von etwa 263 Millionen Euro aus Steuergeldern an die geschädigten Kunden begleichen. Das hat zumindest die Justizministerin Christine Lambrecht angezeigt. In wie weit die Zahlungen erfolgt sind seitens der Versicherung und des Bundes, entzieht sich meines Wissens. Der Bund klagt gegen den einzigen Versicherer und das ist meines Erachtens unklug. Wir sollten schnellstmöglich nach einer Lösung suchen, die auch andere EU- Staaten als praktikabel angesehen haben ohne endlose Staatshaftung (beispielsweise Kombination Versicherung und Fonds), denn dies kann nicht im Sinne des Erfinders sein.

Nun, zu dieser offenen rechtlichen Baustelle gesellt sich das Drama eines fast 100% Ausfalls der Reisebranche wegen der Corona-Pandemie im Binnen-Tourismus, im Incoming-Tourismus und beim Outgoing-Tourismus. **Sinnhaft wäre, dass man die Gelegenheit nutzt, um alle Baustellen in einem Paket einer Lösung zuzuführen (...)**

Meine Gedanken beziehen sich ausschließlich auf den deutschen Outgoing-Tourismus. Nicht alle Reiseveranstalter sind unverschuldet in eine prekäre Situation geraten, denn wer Kundengelder zweckentfremdet und keine Rücklagen bildet, kann nicht am Ende die Reisebüros, den Verbraucher oder den Steuerzahler als Kreditgeber heranziehen. Wer eine vermeintliche Solidargemeinschaft beschwören will, muss dann auch an die Interessen der Reisebüros und der Verbraucher denken.

Umgekehrt haben einige Veranstalter immer noch das Interesse die Reisebüros als wichtigen Teil ihres Vertriebs und der Servicequalität lebendig zu halten. So sind die Reisebüros, die den Aufstieg einiger Veranstalter zum Global Player erst möglich gemacht haben, noch immer nützliche Boten für die Reisekonzerne, die allerdings versuchen diese kleinen und mittelständischen Unternehmen mittel- und langfristig durch den Business zu Customer Direktvertrieb verdrängen wollen. Eine Lösung und Stabilisierung in dieser schier unglaublichen Situation könnte für die Reisebüros folgendes sein: Als Handelsvertreter muss die Provision für die Vermittlung und den Verkauf vollständig nach Anzahlung des Kunden verbleiben – und dies ohne Wenn und Aber. Zweifache Arbeit mit der Abwicklung einer Reise und doppelter Schaden für die Reisebüros, das ist nicht gerecht. (...)

Die Reisebüros fordern, dass die Kunden einen Anspruch auf 100-ige Rückzahlung ihrer Gelder durch die Reiseveranstalter in der gesetzlich vorgegebenen Frist behalten. Also kann man die Kundengelder nicht als Kredit für das Gesamtsystem einsetzen. Ich erinnere noch mal, dass einige Reiseveranstalter über Jahrzehnte die Kundengelder als Ersatz für den freien Kapitalmarkt genutzt haben, diese gilt aber nicht für alle. Dieser Wettbewerbsvorteil soll in Zukunft abgeschafft und nicht mehr geduldet werden.

Nach der Ablehnung anderer bisher favorisierten Lösungen, wird eine Fondslösung angestrebt, in der der Bund die Zwischenfinanzierung übernehmen soll. Kundengelder würden aus diesem Fonds inklusive der noch ausstehenden Zahlungen an die Thomas-Cook-Geschädigten gezahlt. Im Gegenzug verpflichten sich alle Reiseveranstalter Forderungen, die sie gegenüber ihren Leistungsträgern wie Airlines, Hotels und Agenturen etc. haben an den Fonds abzutreten. Ferner verpflichten sich alle Reiseveranstalter in einem angemessenen Zeitraum die Zwischenfinanzierung der Kundengelder an den Fonds zurückzuzahlen. In diesem Zusammenhang sollte man mit den am Markt etablierten Kundengeldversicherern – soweit vorhanden – über eine Beteiligung an dem Fonds sprechen. (...)

Reiseveranstalter sind für die Gutscheinelösung, denn sie bringen den Kunden eher dahin, mit Anspruch in besseren Zeiten Reisen wieder anzutreten. Wen dies nicht der Fall sein sollte, dann muss das ganze System sowieso in Frage gestellt werden. Leider zeigt sich auch bei der Finanzierung einiger mittelständischer Reiseveranstalter, dass die Hausbank keine KFW-Finanzierung durchleitet und somit dem Unternehmen die Luft zum Atmen genommen wird. Hier würde nur helfen, wenn das Hausbankprinzip außer Kraft gesetzt werden könnte und staatliche Banken Liquidität auch ohne Hausbank bei 100-prozentiger Bürgschaft zur Verfügung stellen.

Außerdem sollten nach dem Abklingen der Krise und einem Neubeginn

der Reisetätigkeit die Reisekunden mit einem Beitrag von beispielsweise 5 Euro pro Person und Reise in diesen Fonds einzahlen. Der Fonds wird solange gefüttert bis die Bundesregierung entweder in Raten oder auf einen Schlag die Summe der Zwischenfinanzierung entnehmen kann. Der Steuerzahler muss dann nicht für die unseriösen Machenschaften aus der Vergangenheit bezahlen. Das Reisesystem hätte wenigstens ein funktionierendes Standbein zur Kundengeldabsicherung. Durch die Zwischenfinanzierung werden die Unternehmen zum seriösen Wirtschaften gezwungen, da sie Rücklagen bilden müssen. Aus diesem Fonds müssten dann auch die Reisebüros ihre entgangenen Provisionen für bereits geleistete Arbeit erhalten. Gebraucht werden dafür ca. 7,5 Milliarden Euro. (2,3 Mrd. Euro Provisionszahlung an Reisebüros, 4,6 Mrd. Euro Rückzahlung Kundengelder, 0,6 Mrd. Euro Grundfinanzierung Fonds). Die Branche braucht unbedingt eine Mittelstandskomponente für alle die Unternehmen, die nicht konzerngebunden sind. Kredite sind nicht in allen Bereichen die Lösung, sondern auch über verlorene Zuschüsse muss nachgedacht werden.

Eine entscheidende Frage in der Bewertung ist, wird der Tourismus in vier Wochen, vier Monaten oder erst nächstes Jahr wieder anspringen? Die Experten der Branche sagen voraus, dass ab 30. März 2020 voraussichtlich ca. 50 Reiseveranstalter und ca. 3.000 Reisebüros ihr Geschäft nicht mehr aufrechterhalten können und Insolvenz anmelden müssen. Da ist schnell ein Anstieg der Arbeitslosigkeit mit einer sechsstelligen Zahl und den entsprechenden Sozialleistungen gegenzurechnen.

Auf der einen Seite rettet man durch eine Investition in die Zukunft viele Unternehmen und Arbeitsplätze oder alternativ lässt man Leistungsträger der Gesellschaft, die unverschuldet in die Situation gekommen sind, sang- und klanglos in die Pleite gehen. Ich wüsste, wie ich mich entscheide! Es gilt jetzt auf Sicht zu fahren und so viel wie möglich von gesunden Strukturen auch in der Reisebranche in Deutschland zu sichern.

Am Geld sollte es nicht scheitern. Die Finanzmaßnahmen des Bundes und der Länder werden von mir ausdrücklich begrüßt. Diese müssen und sollten ausschließlich für die Corona-Krise und nicht „coronafremden“ Sachverhalten.“

**Klaus Brähmig war von 2009 bis 2015 Vorsitzender des Tourismusausschusses des Deutschen Bundestages. 2016-2017 war er stellvertretender Vorsitzender desselben. Kaum ein anderer hat die Belange der Reisebüros bei der Vorbereitung der PRRL so stark vertreten wie er. Bei der Bundestagswahl 2017 unterlag er in seinem langjährigen Wahlkreis der damaligen AfD-Parteivorsitzenden Frauke Petry.*